

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Maximilian Krauss, MA, Ing. Udo Guggenbichler, MSc und Wolfgang Seidl betreffend „Keine EU-Schulden für Ukraine-Hilfe“, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates am 24. November 2022 zu Post 6

---

Die EU-Kommission präsentierte Anfang November 22 einen Vorschlag, der Ukraine für 2023 insgesamt 18 Milliarden Euro zur Verfügung zu stellen. Damit soll das Land im kommenden Jahr rund 40 bis 50 Prozent seiner Staatsausgaben decken können. Die Hilfe ist zwar als Darlehen angelegt, allerdings wird sie durch das EU-Budget besichert. Kann die Ukraine das Geld nicht zurückzahlen, müssen alle EU-Staaten dafür geradestehen. De facto ist es eine weitere gemeinsame EU-Verschuldung. Beim Corona-Wiederaufbaufonds hat man das noch als einmalige Ausnahmeaktion verkauft. Jetzt wird deutlich, dass die gemeinsame EU-Verschuldung zur Regel gemacht werden soll. Dazu kommen noch die auf 630 Millionen Euro geschätzter Zinsen, die sowieso gleich direkt von der EU übernommen werden sollen.

Dieses Geld ist im mehrjährigen Finanzrahmen der EU nirgends vorgesehen. Es soll gewissermaßen mit einem Trick generiert, indem die inflationsbedingten Mehreinnahmen für die Ukraine-Hilfe verwendet werden. Dafür will die Kommission die Regeln für die Haushaltsgebarung ändern lassen.

Gemeinsame EU-Hilfen sind nicht zwingend notwendig, es steht jedem Staat frei, der Ukraine bilaterale Hilfe zur Verfügung zu stellen

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich gegen die Vergabe der EUR 18 Mrd Finanzmittel an den Nicht-EU-Staat Ukraine durch die EU aus.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.